

Islamisten raus! – Neue Plakatoffensive der Sachsen-NPD in der heißen Wahlkampfphase

Mit einem medialen Paukenschlag wurde den Sachsen bewußt gemacht – es leben radikale Islamisten im Freistaat. In der Sendung vom 25. Mai 2009 enthüllte das MDR-Magazin „FAKT“, daß einer der radikalsten Islamisten Deutschlands, der syrische Imam Hassan Dabbagh, in Leipzig sein Unwesen treibt. Schon im Jahr 2006 erreichte Dabbagh deutschlandweit Aufsehen, als er in der Sendung „Sabine Christiansen“ die von radikalen Islamisten geplanten Kofferbomben-Attentate auf deutsche Regionalzüge während der Fußball-WM 2006, die Hunderten von Menschen das Leben hätten kosten können, rechtfertigte. Als ob das noch nicht genug wäre, wurde im letzten Jahr bei einer Durchsichtung der Leipziger Al-Rahman-Moschee Material sichergestellt, in dem zur Tötung von „Ungläubigen“ aufgerufen wird. Nach den Aussagen von Dabbagh bei „Sabine Christiansen“ forderte selbst der linksliberale Berliner Innensenator Ehrhart Körting die Ausbürgerung des „Imams von Leipzig“.

Um den Bürgern im Freistaat bewußt zu machen, daß der Islamismus schon längst in Sachsen angekommen ist, hängen die Plakatiertrupps der NPD seit gestern auch ein Anti-Islamisierungs-Plakat, auf dem der Schriftzug „Islamisten raus – Keine Hass-Moscheen in Sachsen“ zu lesen ist.

Damit fordert die NPD:

- Kein Platz für gefährliche islamistische Haß-Prediger in Sachsen. Der Körting-Vorschlag, Dabbagh die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen, muß umgesetzt werden! Danach muß Dabbagh in sein Heimatland Syrien abgeschoben werden!

Für die NPD zeigt der „Fall Dabbagh“ deutlich, was die Etablierten im Freistaat immer noch beharrlich leugnen: Der Islamisierungsprozeß, der bislang auf Westdeutschland beschränkt zu sein schien, ist längst auch in Sachsen angekommen. Dieser Prozeß umfaßt unterschiedliche Faktoren, die sich gegenseitig verstärken. An erster Stelle ist hier der Bevölkerungszusammenbruch zu nennen, der die Deutschen zur Minderheit im eigenen Land werden läßt. Damit einher geht die Veränderung unserer Städte und die Besetzung des öffentlichen Raums durch einen selbstbewußten Islam. In den westdeutschen Großstädten verändern gigantische Moscheenbauprojekte das Stadtbild. In Köln, Duisburg, Frankfurt, München oder auch in vielen westdeutschen Kleinstädten sind Großmoscheen nicht nur Gotteshäuser, sondern gleichzeitig auch Symbole der Macht, die der alternden deutschen Gesellschaft zeigen sollen, wer die neuen Herren sind. Diese gefährliche Entwicklung soll nun auch in Sachsen zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall nachvollzogen werden. In Leipzig, Dresden und Freiberg gibt es bereits Moscheen – wenn der Überfremdungspolitik der Altparteien kein Widerstand entgegengesetzt wird, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis auch in Sachsen der Grundstein für eine erste Großmoschee gelegt wird.

Deshalb fordert die NPD:

- Sachsen muß ein Bauverbot für Minarette und Großmoscheen einführen, damit sich im Freistaat westdeutsche „Multi-Kulti“-Verhältnisse erst gar nicht breitmachen.
- Die Politiker der Altparteien mißbrauchen die islamistische Gefahr, um einen Überwachungsstaat einzuführen. Unter dem Vorwand der Terrorabwehr wird Computerspionage betrieben und der Bürger auch in seinem Privatleben immer stärker durchleuchtet. Die NPD sagt: Schluß damit! **Die beste Terrorabwehr ist ein sofortiger Zuwanderungsstopp!**

Wer Sachsen „westdeutsche Verhältnisse – Ausländergewalt, Großmoscheen, Ghettobildung, Islamisierung – ersparen will, der wählt am 30. August NPD!